

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 403

7. März 25
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Die Linke/Bauern/Die Partei im Kreistag:

Keine Bezahlkarte für Geflüchtete

Am 12. März steht ein Antrag der Fraktion Die Linke/Bauern/Die Partei auf der Tagesordnung des Kreistages, mit dem die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete abgelehnt und damit am bisher bewährten Verfahren festgehalten werden soll.

In Brandenburg liegt die Einführung der Bezahlkarte in der Verantwortung der Landkreise. Mit ihr soll der bar abhebbare Betrag auf 50 Euro für Erwachsene und 25 Euro für Minderjährige im Monat beschränkt sein.

Der Landkreis Barnim verfügt seit Jahren über ein bewährtes System der Auszahlung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Barnim, den Wohnunterkünften, dem Grundsicherungsamt und den betroffenen Menschen. Schon die Umstellung auf ein neues System bindet Ressourcen der Verwaltung. Und auch danach ist der Verwaltungsaufwand hoch, weil Listen geführt werden müssen, wohin Geld überwiesen werden darf. Neben dem Aufwand bedeutet das auch eine erhebliche Verletzung der Privatsphäre und des Datenschutzes.

Nach jetzigem Stand ist der Zugang zum Bargeld aus-

schließlich über den Handel möglich und zwingt damit zum Kauf anderer Produkte. Das bisherige Verfahren sieht dagegen keine Benachteiligung bei Bargeldbedarf vor. Deshalb schlägt unsere Fraktion vor, das bisherige Verfahren beizubehalten.

In Potsdam war bereits Ende letzten Jahres entschieden worden, die Bezahlkarte nicht einzuführen. SPD, Grüne-Volt-Die Partei, Die Andere und Die Linke entschieden dies mit Stimmenmehrheit. Sie argumentierten unter anderem, die Karte erschwere eine Integration. Auch die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände erklärte: „Die Bezahlkarte löst kein reales Problem, sondern ist reine und darüber hinaus teure Symbolpolitik.“

Lutz Kupitz
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Bauern/Die Partei

Was kaufe ich für
meinen
Lebensunterhalt?

Die Linke:
Das soll jeder selber
entscheiden können.



Illustration: Peggy_Marco auf Pixabay.



Illustration: <https://www.equalpayday.de>

Heute ist Equal Pay Day

Die Linke:

Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!

In diesem Jahr ist der Equal Pay Day am 7. März. Dieser Tag markiert symbolisch den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen aufgrund ihres geschlechterbedingten schlechteren Einkommens theoretisch unentgeltlich arbeiten. 2023 betrug diese Differenz in Deutschland 18 Prozent. Aber die gute Nachricht ist: Der Betrag sinkt zum nächsten Jahr erstmals signifikant auf 16 Prozent. 2026 wird der Equal Pay Day also bereits am 27. Februar sein.

Dennoch liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf einem der letzten Plätze, denn europaweit liegt der Wert bei 13 Prozent (Eurostat, 2024). Diese Angaben stammen von der Homepage <https://www.equalpayday.de>, betrieben von BPW Germany, eines der größten weltweiten Netzwerke für Unternehmerinnen und berufstätige Frauen und unterstützt vom zuständigen Bundesministerium. Die Unterschiede fallen deutschlandweit sehr verschieden aus. Laut Statistischem Bundesamt liegt der Wert in Westdeutschland mit 19 Prozent deutlich

höher als im Osten mit 7 Prozent. Auch weitere Zahlen sind interessant: In Deutschland können 83 Prozent der Männer von der eigenen Erwerbstätigkeit leben, aber nur 69 Prozent der Frauen. Frauen erwirtschaften durchschnittlich ein deutlich niedrigeres Lebenserwerbseinkommen gegenüber Männern, was sich dann auch im Rentenanspruch fortsetzt.

Im Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl heißt es deshalb: „Wir kämpfen weiter dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit bekommen.“ Studien kommen zu dem Schluss, dass Lohntransparenz während des Arbeitsverhältnisses hilft. In Deutschland wurde dazu 2017 das Entgelttransparenzgesetz eingeführt, das bisher aber kaum wirkt, weil es relativ unbekannt ist. Eine EU-Entgelttransparenzrichtlinie soll für gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern sorgen, muss aber noch bis 2026 in deutsches Recht umgesetzt werden. bc

nächste Online-Ausgabe am 8. März

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.

Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429

Verwendungszweck: Spende OW.